Bund Deutscher Kriminalbeamter

Statistik 2015

16.02.2016

Da ist sie jetzt, die Kriminalstatistik 2015.

Und in Bezug auf die sogenannte „Flüchtlingskriminalität“ vollkommen unspektakulär. Das hat der BDK schon seit Monaten propagiert, dass auf dem Rücken der allermeisten schutzsuchenden Asylbewerberinnen und –bewerber kein politisches Süppchen gekocht werden darf. Insofern nimmt der BDK Landesverband Niedersachsen das Ergebnis der Zahlen aus 2015 mit Genugtuung zur Kenntnis. Nicht zuletzt auch die Kolleginnen und Kollegen der SoKo ZERM in Braunschweig haben frühzeitig wesentlich dazu beigetragen, dass in Niedersachsen schon recht früh die Problematik miteingereister Straftäter erkannt und zusammen mit der Justiz dagegen gehalten worden ist.

Bei den Einbruchsdiebstählen sieht es aber leider vollkommen anders aus. Seit Jahren fordert der BDK eine kriminalistische Ausbildung im Zuge eines Direkteinstieges an der Akademie und einer zielgerichteten Personalbewirtschaftung der Zentralen Kriminaldienste. Fakt ist, beides erfolgt immer noch nicht. Immer noch wird einheitlich ausgebildet, obwohl die Probleme sich weiter „spezialisieren“.

Wir fordern daher jetzt einen „Richtungswechsel“ und die Einrichtung von mindestens zwei Klassen pro Jahr an der Akademie, wo die Kolleginnen und Kollegen umfangreiches kriminalistisches und kriminologisches Wissen vermittelt bekommen. Danach sollte eine Direktzuweisung in die Zentralen Kriminaldienste oder Kriminalermittlungsdienste erfolgen. Es macht durchaus Sinn, die „Nachwuchskräfte“ für „K“ zuvor ein Jahr in der Speziellen Tatortaufnahme oder dem Kriminaldauerdienst einzusetzen, sie auch ein Jahr in den Einsatz- und Streifendienst zu geben, dann aber zielgerichtet in die Zentralen Kriminaldienste oder Kriminalermittlungsdienste zu überführen, damit sie dort „ihr Handwerk“ weiter erlernen können. Nur so kann zukünftig die Aufklärungsquote gehalten und erhöht werden. Auch scheint es sinnvoll, die Zentralen Kriminalinspektionen zu verstärken, um den überregional wirkenden Banden das Handwerk zu legen.

Der Bürger hat ein Recht auf Schutz. Mit einer zusätzlichen Anzahl von Funkstreifenwagen lässt sich heutzutage kein Straftäter mehr abhalten!

Der geschäftsführende Landesvorstand

pdf-Datei

Schlagwörter
Niedersachsen
diesen Inhalt herunterladen: PDF